weil die liberalen Gruppen einige Mandate mehr inne haben, als Zentrum und Polen; dem Zentrumsorgan erscheint es vielleicht richtig, nicht durch zu viel Widerhaarigkeit die Nationalliberalen zur Betonung dieses Standpunktes zu veranlassen. Der Hauptgrund für die entgegenkommende Auffassung der „Kölnischen Volksztg." aber liegt wohl in der richtigen Würdigung der parlamentarischen Geschichte des preußischen Abgeordnetenhauses in den letzten zehn Jahren. In manchen Fragen von nicht geringer politischer Tragweite haben die Liberalen und das Zentrum zusammengestanden gegen die konservativen Parteien, und wenn auch das Zentrum im großen und ganzen den Konservativen viel näher steht, als den Liberalen, so will es doch nicht von vornherein die Liberalen vor den Kopf stoßen, um so weniger, als es sich sagen muß, daß es, wenn es sich einseitig den Konservativen in die Arme würfe, keine beneidenswerte Rolle spielen würde. Denn da die beiden konservativen Parteien doppelt so stark sind wie das Zentrum, so würden sie dieses als gleichberechtigten Bundesgenossen nicht anerkennen, während das Zentrum, wenn es nach seinem Belieben jederzeit zwischen den liberalen Gruppen und den konservativen Gruppen optieren kann, eine ganz andere Rolle zu spielen in der Lage ist.

* **Forderungen aus Handwerkerkreisen.** Von verschiedenen Handwerkskammern werden in letzter Zeit Wunschzettel in Bezug auf Gesetzes- und Verwaltungsmaßnahmen herausgegeben, die über die in den Handwerkerkreisen zu Tage tretenden Forderungen Aufschluß geben. Man wird, schreiben hierzu die „Berl. Pol. Nachr.", zugeben müssen, daß manche verlangten Neuerungen allseitige Unterstützung finden sollten, namentlich diejenigen, die sich auf eine immer ausgedehntere Weiterbildung der Lehrlinge, Gesellen und Meister in technischer und kommerzieller Hinsicht beziehen. Die Einzelstaaten geben sich ja auch bereits die größte Mühe, durch Einrichtung von Kursen, Unterstützung von Fortbildungs- und Fachschulen, Förderung der Veranstaltung von Ausstellungen usw. das Handwerk auf dieser Bahn vorwärts zu bringen. Der in einigen Tagen dem preußischen Landtage zu unterbreitende Staatshaushaltsetat für 1904 wird wieder von einer Erweiterung der auf diesem Gebiete zu treffenden Maßnahmen Zeugnis ablegen. Auch die Wünsche, die in Bezug auf die Ausdehnung der Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes geäußert werden, haben manches für sich; es sind ja auch bereits seit längerer Zeit an den zuständigen behördlichen Stellen Erwägungen über die Ausgestaltung des betreffenden Reichsgesetzes im Gange. Weniger unbedenklich sind schon die Forderungen, die betreffs der Heranziehung der Fabriken zur Aufbringung der Kosten der Handwerkskammern geäußert werden. Das Handwerk meint, die Industrie hätte Vorteile von den in ihm ausgebildeten Arbeitskräften. Zunächst würde doch einmal erst eine Feststellung des Umfanges dieser Beschäftigung vorzunehmen sein, ehe mit einer solchen Behauptung operiert werden könnte; sodann aber ist gerade das Wesen der Industrie derart, daß sie vielfach nur einseitige Tätigkeit verlangt, also von der Ausbildung im Handwerk gar nicht den Nutzen haben könnte, den die Handwerkskammern als sicher voraussetzen. Hier herrscht ebensowenig volle Klarheit wie bezüglich des Wunsches auf Einführung der obligatorischen Invalidenversicherung für das gesamte Handwerk. Daß die Ansichten im Handwerk selbst über die Versicherungsfrage sehr gespalten sind, ist nach den Aeußerungen der verschiedensten Handwerksvertretungen eine Tatsache. Nach dem geringen Gebrauche, der von der bisherigen freiwilligen Versicherung des Kleinhandwerks gemacht ist, ist auch kaum von einem zwingenden Bedürfnis zu sprechen. Es wird sich ja aber wohl schon in naher Zeit im Reichstage Gelegenheit bieten, auch diese Angelegenheit ganz eingehend zu erörtern. Auffallend ist schließlich, daß in den erwähnten Wunschzetteln das Genossenschaftswesen stiefmütterlich behandelt wird. Gerade die geschäftlichen Zusammenschlüsse, welcher Art sie auch immer sein mögen, können dem Handwerke nützen, und was zur Ausgestaltung dieser Gebilde geschehen kann, sollte unternommen werden, weil damit das Handwerk am besten gefördert wird.

* **Der Bundesrat** überwies in seiner heutigen Sitzung den Antrag der Stadt Lübeck betr. die amtliche Feststellung des Börsenpreises für die in Lübeck zu errichtende Produktenbörse, sowie die Vorlage betr. Abänderungen des Status für das Kaiserliche archäologische Institut den zuständigen Ausschüssen. Die Vorlage betr. Mitteilung über die dem Reichstage zugegangene Nachweisung der durch den Reichshaushaltsetat für 1903 erfolgten, im Entwurfe zum Reichshaushaltsetat für 1904 vorgeschlagenen Erhöhungen solcher Titel zu den fortdauernden Ausgaben, bei denen im Rechnungsjahr 1902 Ueberschreitungen vorgekommen sind, wurde zur Kenntnis genommen. Dem Ausschußantrage betr. Umwandlung des Freibezirks im Emdener Hafen in ein Zollausschlußgebiet, den Ausschußberichten über die Vorlage betr. Abänderung des Verzeichnisses der Einlaß-Untersuchungsstellen für das in das Zollinland eingehende Fleisch, über die Vorlage betr. Aufnahme des Nebenzollamtes I zu Husum in das Verzeichnis der Einlaßstellen für ausländisches Fleisch, über die Vorlage wegen Unfallversicherung der Seefischer, über die Vorlage betr. Bezug von Invaliden- und Unfallrenten in ausländischen Grenzgebieten wurde die Zustimmung erteilt.

* **Ueber die geplante Aenderung des preußischen Vereinsgesetzes,** die es den Vertretern der Polizeibehörde anheimstellt, in Versammlungen den Gebrauch der deutschen Sprache zu verlangen, wird dem „Hann. Kur." aus Posen geschrieben: Es verdient besondere Beachtung, daß die polnische Presse bei ihrer Erörterung der angekündigten Abänderung des Vereins- und Versammlungsrechtes sich auf allerlei nebensächliche Einwendungen beschränkt und daß ihr ganzes Verhalten den Eindruck macht, man wolle für eine verlorene Sache sich nicht erst einsetzen. Das, was der „Dziennik" sagt, die Polen würden, wenn sie müßten, eben deutsch sprechen, ist offenbar communis opinio der Polen, und man ist überzeugt, daß die Polen alle deutsch sprechen können werden. Genau dasselbe haben die deutschen Kreise der Ostmark, so weit sie es nicht für angebracht halten, vor dem Polenium sich zu verneigen, stets behauptet. Wird jetzt aber von polnischer Seite die Richtigkeit dieser Ansicht, wenn auch nur indirekt, zugegeben, so sollte die Staatsregierung auch daraus ihre Folgen ziehen und reinen Tisch machen. Für die Oeffentlichkeit lege man den ausschließlichen Gebrauch der deutschen Sprache fest. Das Amtssprachengesetz wäre nunmehr endlich für den Osten voll in Geltung zu setzen. In dreißig Jahren muß und kann sich die Bevölkerung den Gebrauch einer Sprache angeeignet haben. Wer nur einmal Gerichtsverhandlungen in den östlichen Provinzen beigewohnt hat, wird darüber erstaunt gewesen sein, daß Kinder von 14 bis 15 Jahren jede Kenntnis des Deutschen in Abrede gesellt haben. Sie sind eben beeinflußt worden, so zu handeln, weil man dadurch dem Polnischen sozusagen die amtliche Anerkennung erschleichen wollte. Und wie liegen denn die Verhältnisse im Westen? Auch dort behaupten viele Hunderte vor den Behörden, des Deutschen nicht mächtig zu sein. Schlimmer noch ist, daß sie mit dieser Behauptung Erfolg haben. Wenn jetzt auch darin endlich von Grund auf Wandel geschaffen wird, so mögen sich die Polen die Folgen solcher Wandlung selbst zuschreiben: ohne die fortgesetzte Steigerung ihrer Ansprüche keine Repressivmaßregeln. Diesen Standpunkt, wie gesagt, scheinen die Polen selbst als berechtigt anzuerkennen, wenn sie sich auch hüten, es offen auszusprechen. Sie selbst gehen ja in Galizien in der Tat sehr viel nachdrücklicher vor, obwohl sie dort das Staatsgrundgesetz verletzen. Hier und da wird gesagt, solche Maßregeln seien zwecklos und erbitterten die Polen noch mehr. Darauf ist zu erwidern, daß eine Steigerung der polnischen Feindseligkeit gegen die Deutschen nicht mehr gut möglich ist. Sodann aber: nur weil immer wieder auf die Polen Rücksicht genommen wurde, sind wir im Osten überhaupt so weit gekommen, daß wir heute unsere Not haben, dem dortigen Deutschtum die frühere Stellung zurückzugewinnen. Die Polen scheren sich nicht einen Pfifferling um unsere Ansicht. Sie boykottierten die Deutschen seit vielen Jahren und polonisieren mit Hülfe der katholischen Kirche viele Tausende Deutsche. Weil sie unentwegt und rücksichtslos ihre Ziele verfolgen, nach Parität schreien, sobald sie sich davon Vorteil versprechen, dort aber, wo sie die Macht besessen, möglichst nie paritätisch handelten — deshalb schritten sie von Erfolg zu Erfolg. Will denn der deutsche Michel noch immer seine Schlafmütze über Augen und Ohren behalten, oder wird er sich endlich auch in der Ostmark einmal gründlich umschauen?

* **Eine offiziöse Stimme für das Scherlsche Sparsystem.** Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt: Gegenüber den Anfeindungen, die das Scherlsche Prämien-Sparsystem in einem Teil der Presse gefunden hat, möchten wir darauf hinweisen, daß das Sparsystem in dem beteiligten Ministerium eingehend geprüft wurde. Das Ergebnis der Prüfung bestand in einer Reihe von Abänderungen, durch die die bisherigen Bedenken beseitigt wurden. Im Einvernehmen mit Scherl hatte das Staatsministerium sich insbesondere dahin schlüssig gemacht, daß die Konzession zur Vornahme der mit dem Scherlschen Sparsystem verbundenen Prämienverlosung einem von dem Vorstande des Deutschen Sparkassenverbandes vorgeschlagenen Comité erteilt werden soll. Der Vorstand des Deutschen Sparkassenverbandes sprach in einer außerordentlichen Tagung in Berlin am 27. Juli 1903 einstimmig die Billigung des Systems und seine Nützlichkeit für die deutschen Sparkassen aus. Durch die bestehenden Vereinbarungen war Sorge getragen, daß die geplante Verbandszeitschrift „Die Sprechstelle im Dienste des öffentlichen Lebens" zu einer Konkurrenz mit bestehenden Zeitungsunternehmungen nicht ausgebildet werden konnte. — Obwohl die Staatsregierung von der Uneigennützigkeit Scherls überzeugt ist, hat Scherl wegen der gegen seinen Plan und seine Person gerichteten Preßangriffe doch gebeten, bei Verwirklichung des Sparsystems ausscheiden zu dürfen; er gab aber gleichzeitig Mittel und Wege an, wie auch nach seinem Ausscheiden das Prämiensparsystem verwirklicht werden könne. Wie weit dies möglich sein wird, darüber schweben zur Zeit noch Verhandlungen, die jedenfalls einen Aufschub der zum 1. Januar 1905 geplanten Einführung des Sparsystems verursachen werden.

* **Die harmlose Reise des Kultusministers Dr. Studt nach Weimar.** Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt: „Ueber die Reise des Kultusministers Dr Studt nach Weimar können sich gewisse Blätter noch immer nicht beruhigen. Trotz unserer am 5. Januar erfolgten Richtigstellung wollen sie wissen, daß die Reise wegen des geplanten Zusammenschlusses der Sezessionen unternommen worden sei, daß über diesen Gegenstand eingehende Verhandlungen mit den maßgebenden Kreisen in Weimar gepflogen und daß die Reise ursprünglich für einen späteren Zeitpunkt geplant gewesen sei usw. Demgegenüber sind wir zu der bündigen Erklärung ermächtigt, daß alle diese Angaben unwahr sind."

* **Zur Stärkung des Deutschtums in den Ostmarken** wird der preußische Staatshaushalt für 1904, wie bestätigend gemeldet wird, mannigfache Positionen aufweisen.

* **Der Kaiser** hörte heute vormittag im Neuen Palais bei Potsdam den Vortrag des Chefs des Zivilkabinetts Dr. v. Lucanus.

* **Posen,** 12. Januar. Die Reichstagsersatzwahl für Schrimm-Schroda-Wreschen ist auf den 10. Februar festgesetzt worden.

+ **Halle a. S.,** 12. Januar. In der gestrigen Stadtverordnetensitzung leisteten sich die 5 sozialdemokratischen Stadtverordneten durch ihr Verhalten ein recht kindisches Vergnügen. Es handelte sich um Wahlen in die Kommissionen, in welche die Sozialdemokraten gern gewählt sein wollten; sie machten deshalb bei jeder der zahlreichen Kommissionen und Deputationen ihre Vorschläge. Infolgedessen mußte Zettelwahl vorgenommen werden, die sich 3 Stunden lang hinzog. Nicht ein einziger Sozialdemokrat wurde in eine der Kommissionen gewählt. Der vorgerückten Zeit wegen mußte abgebrochen werden; Fortsetzung dieser Wahlen über 8 Tage. Es wurde ein Antrag zur Geschäftsordnung eingebracht, demzufolge Gegenanträge von mindestens 10 Mitgliedern unterstützt sein müssen. Nimmt die Versammlung diesen Antrag an, dann ist den Sozialdemokraten ein ähnliches Manöver nicht mehr möglich.

-r **Greiz,** 13. Januar. In der gestrigen Sitzung des Landtages beantragte Abgeordneter Freytel, für ein im Fürstentum zu errichtendes Arbeitersekretariat eine jährliche Subvention von 2000 ℳ zu bewilligen. Der Antrag wurde jedoch nicht unterstützt, womit die Angelegenheit erledigt war.

* **Karlsruhe,** 12. Januar. Hier hat sich ein Comité gebildet, das durch Vorträge im ganzen Lande Front machen will gegen das Eindringen des Ultramontanismus in die Schule. Professor Arthur Boethlingk behandelte das Thema vor einer sehr stark besuchten Versammlung, zu der die Polizei über ein Dutzend Schutzleute entsendet hatte, in seiner bekannten scharfen Weise. Er wandte sich vor allem gegen die badische Schulordnung, deren Geist Wacker als hocherfreulich bezeichnet hatte, und schloß unter stürmischem Beifall mit den Worten: „Hinweg mit dem Ultramontanismus aus dem badischen Schulwesen!" — Eine Resolution, die sich mit besonderer Schärfe gegen die katholischen Erziehungsanstalten, Knabenkonvikte und Klosterschulen wendet, fand einstimmige Annahme. Die Versammlung stand unter der Leitung des Vorsitzenden des Evangelischen Bundes.

* Aus **Karlsruhe,** 12. Januar, läßt sich die „Nat.-Ztg.", die zuerst die öffentliche Aufmerksamkeit auf die französischen Jäger gelenkt hat, schreiben: In der Kammer brachte gestern Abg. Eichhorn (Soz.) den bekannten Artikel der „National-Zeitung" „Französische Jäger in Baden" zur Sprache. Ministerialdirektor Heyl erklärte, daß der Artikel zum größten Teil übertrieben sei. Die badische Presse betrachtet die Angelegenheit nur unter dem Gesichtspunkt, daß man die Gemeinden nicht in ihren schönen Einnahmen aus den Jagdpachtungen stören müsse. Gleichwohl ist die Angelegenheit mit der beschwichtigenden Gegenerklärung vom Regierungstisch nicht erledigt. Wir wissen vielmehr, daß man sich an zuständigen Stellen mit einer ernsten Nachprüfung der Frage beschäftigt und sie durchaus nicht so leichter Hand abtut, wie vorläufig öffentlich beliebt wird, es hinzustellen.

Oesterreich-Ungarn.

Der Kaiser und die Armee; Exkönigin Marie von Hannover. Rekrutenkontingent.

Wien, 13. Januar. (Telegramm.) Im Budgetausschuß der österreichischen Delegation begann heute die Verhandlung über das Exposé des Kriegsministers. Delegierter Derschatta beantragt, es solle in dem Ausschußbericht über das Budget ein Antrag aufgenommen werden, der besagt, die Delegation spreche die Ueberzeugung aus, daß es nach den Bestimmungen des österreichischen Staatsgrundgesetzes von 1867 außer allen Zweifeln steht, daß die Anordnung betreffs Leitung, Führung und innerer Organisation der gesamten Armee ein dem Monarchen ausschließlich zustehendes persönliches Herrscherrecht ist, das ohne Mitwirkung der verantwortlichen Regierung ausgeübt wird und bezüglich dessen die allgemeinen Grundsätze über die Mitwirkung der gesetzlichen Faktoren keine Anwendung finden.

-G- **Gmunden,** 13. Januar. (Privattelegramm.) Bei der Königin Marie ist eine leichte Besserung des lokalen Leidens eingetreten. Die Nahrungsaufnahme wird durch Uebelkeiten etwas erschwert. Die Herztätigkeit ist befriedigend. gez. Dr. Lurtz, Dr. Gallasch.

* **Pest,** 13. Januar. (Telegramm.) Das Abgeordnetenhaus hat die Vorlage, betreffend Feststellung des Rekrutenkontingents, auch in der Spezialdebatte angenommen. Die dritte Lesung erfolgt morgen.

Rußland.

Befinden der Kaiserin.

* **Petersburg,** 13. Januar. (Telegramm.) Die „Russische Telegraphen-Agentur" meldet: Die Kaiserin von Rußland ist leicht an Influenza erkrankt. Ihr Zustand ist ganz unbedenklich. — Die umlaufenden Gerüchte betreffs Ernennung des Großfürsten Wladimir zum Präsidenten des Reichsrates an Stelle des erkrankten Großfürsten Michael Nikolajewitsch sind an sonst gutunterrichteten Stellen bisher unbestätigt geblieben. Der Gehülfe des Ministers des Innern, Generalleutnant Wahl, wird zum Mitglied des Reichsrates ernannt.

Orient.

Balkanwirren.

* **Konstantinopel,** 12. Januar. Die Pforte ließ gestern den Ententemächten eine Note zugehen, in der sie die neun Punkte des Mürzsteger Programms einzeln durchgeht und zeigen keinen besondere Einwendung erhebt. Sie stellt ferner eine Amnestie in Aussicht, von der nur die Dynamitisten ausgenommen werden sollen. Endlich ersucht sie die Mächte um Maßregeln in Bulgarien, damit das Reformwerk durch die Bandenumtriebe nicht abermals verhindert werde.

* **Konstantinopel,** 13. Januar. Der Mörder der christlichen Gendarmen in Ipek, ein mohamedanischer Albanese, ist verhaftet worden. Am 8. Januar ist ein serbischer Priester namens Vijarion in der Nähe des Klosters Detschani, 13 km nördlich von Ipek, erschossen worden. Der Mörder ist angeblich gleichfalls ein mohamedanischer Albanese.

* **Bukarest,** 13. Januar. (Telegramm.) Bei der Parlamentsnachwahl im 3. Wahlbezirk Jassy siegte der liberale Kandidat Professor Stere. Das Wahlergebnis findet hier, da der unterlegene Konservative ein naher Freund des Führers der Oppesition, Take Jonesco, ist, besondere Beachtung.

Asien.

Befürchtungen Rußlands in Ostasien.

I. C. **Petersburg,** 12. Januar. Nach den vom Admiral Alexejew eingegangenen Berichten hegt man in den russischen Regierungskreisen Befürchtungen wegen der Leistungsfähigkeit der russischen Docks in Ostasien. Selbst im Falle für Rußland günstiger Seetreffen würde es für die russische Flotte verhängnisvoll werden, wenn ihr nicht genügende Stätten zur Ergänzung und Ausbesserung der beschädigten Schiffe zur Verfügung stehen. Alexejew soll geäußert haben, daß die Dockfrage die einzige Schwierigkeit für Rußland in Ostasien darbiete, und daß er, falls er noch zwei gut ausgerüstete Docks für die Flotte hätte, nicht einen Augenblick zögern würde, die schärfste Beantwortung der japanischen Herausforderungen zu empfehlen.

Flotte.

⊙ **Berlin,** 13. Januar. (Telegramm.) S. M. S. „Bussard" ist am 12. Januar in Makassar (Celebes) eingetroffen und geht am 15. Januar von dort nach Surabaya (Java) in See.

Gerichtsverhandlungen.

W. **Dresden,** 13. Januar. (Glücksspielerprozeß.) Vor der 2. Strafkammer des Kgl. Landgerichts nahm am Montag ein fünftägiger Glücksspieler- und Buchmacherprozeß gegen folgende Angeklagte seinen Anfang: Kaufmann August Friedrich Karl Brode in Berlin, Kaufmann Max Oswald Grützner in Dresden, Wettbureauinhaber Ernst Moritz Mitschke in Dresden, Landwirt und Gutsbesitzer Friedrich August Ernst in München, Kaufmann Otto Siegert in Berlin, Oberkellner Eduard Klein in Berlin, Koch Wilhelm Michaelis in Berlin, Gastwirt und Hotelier Karl Robert Beyer in Leipzig, Cigarrenhändler Johann Karl Gustav Kneschke in Dresden, Cigarrenhändler Adolf Alfred Frenzel in Dresden, Cigarrenhändler Ferdinand Bergmann in Dresden, Cigarrenhändler Karl Richard Liebernickel in Blasewitz, Cigarrenhändler Albert Franz Samuel Kaul in Dresden, Cigarrenhändler Reinhard Robert Richter in Dresden, Cigarrenhändler Friedrich Ernst Hans Hoffmann in Dresden, Cigarrenhändler Richard Müller aus Chemnitz, Logerschließer Ernst Richard Schneider aus Leipzig und Reisender Heinrich August Adalbert Fischer aus Plauen i. V., in Dresden wohnhaft. Der Angeklagte Beyer-Leipzig ist wegen Krankheit nicht erschienen. Ein anderer Angeklagter, der Leutnant a. D. Hans Maria Joachim Kühlwein in Rathenow ist ebenfalls nicht erschienen. Derselbe soll flüchtig geworden und ausgewandert sein. Von den genannten Angeklagten befinden sich die zuerst genannten sieben in Haft. Es handelt sich um Wettsätze, die die Angeklagten für Pferderennen im In- und Auslande von Wettenden entgegengenommen, aber nicht an den Totalisator gebracht und auch nicht versteuert haben sollen. Dadurch, daß die Wetten nicht am Totalisator angelegt wurden, haben sich die sieben ersten Angeklagten des gewerbsmäßigen Glücksspiels und ferner wegen Nichtversteuerung der Reichsstempelabgabenhinterziehung schuldig gemacht. Im Frühjahre 1899 gründeten Mitschke, Brode und Grützner in Breslau das erste Schlesische Sportbureau. Nach und nach wurden in zahlreichen Städten Deutschlands Filialen errichtet, die von den übrigen Angeklagten verwaltet wurden. Im Hauptgeschäft in Breslau wurden jährlich etwa 50 000 ℳ umgesetzt. Die Wetten wurden noch bis zu einer Stunde vor Beginn der Rennen entgegengenommen und dann telegraphisch oder telephonisch an die verschiedenen Rennplätze weitergegeben. Der Angeklagte Mitschke, der es vom Hoteldiener bis zum Besitzer von Rennpferden gebracht hat, wird sich außer wegen Glücksspiels auch noch wegen Beamtenbeleidigung und Widerstandes zu verantworten haben. Am 4. Mai 1902 kam es nämlich zu einem scharfen Renkontre zwischen ihm und dem Vertreter der Steuerbehörde, dem Oberkontrolleur L., als dieser in Ausübung seines Amtes „Tickets", die zerknittert und beschmutzt waren, im Dresdener Sporthause, dessen Inhaber Mitschke war, mit Beschlag belegen wollte. Die Tickets waren auf den Rennplätzen aufgelesen worden, um die Steuerbehörde zu täuschen, und letztere legte daher Wert darauf, in den Besitz der Tickets zu gelangen. Als der Beamte die Beschlagnahme ausführte, entriß Mitschke dem Beamten die Tickets. Es kam zu einer aufgeregten Scene, so daß ein Schutzmann hinzugezogen werden mußte, um die Tickets zu retten. Der Kriminalkommissar Freiherr von Manteuffel in Berlin und der Kommissar Schwarz haben alsdann in vielen anderen Städten, wie in Berlin, Breslau, München, Haussuchungen vorgenommen, die überraschende Resultate hatten. Es wurden ganze Bündel gebrauchter und auf Rennplätzen aufgelesener Tickets gefunden, die als versteuerte Ausweise den Steuerbehörden vorgelegt werden sollten, um die letzteren zu täuschen. — Zu Gunsten der Angeklagten ist auf die Zeugen einzuwirken versucht worden, man hat letztere sogar mit dem Tode bedroht, falls sie sich nicht gefügig zeigen. Zu den Zeugen Schneidermeister Jutz und Oberkellner Glücksmann aus Breslau, die am Dienstag nachmittag zur Verhandlung von Breslau nach Dresden fuhren, trat auf dem Breslauer Bahnhofe eine elegant gekleidete Persönlichkeit heran und forderte sie auf, im Termine nur zu Gunsten des Angeklagten Mitschke auszusagen. Auf dem Dresdner Hauptbahnhofe trat dieselbe Person, die den gleichen Zug nach Dresden benutzt hatte, wiederum an die beiden Zeugen heran und erklärte, sie würden Dresden nicht mehr lebend verlassen, wenn sie seiner Aufforderung, zu Gunsten Mitschkes auszusagen, nicht Folge leisten würden. Bis in den Gerichtssaal hinein wurden die Zeugen verfolgt und als sie vom Vorsitzenden, Landgerichtsdirektor Frommhold, aufgerufen wurden, baten sie, sofort vernommen zu werden, da sie für ihre Sicherheit fürchteten. Der Staatsanwalt Dr. Gerhard sucht dieser Zeugenbeeinflussung und Bedrohung auf den Grund zu kommen und hegt den Verdacht, daß die Ehefrau des Hauptangeklagten Mitschke dahinterstecke. Er ließ die im Zuhörerraume anwesende Frau Mitschke aus dem Saale hinausweisen und behält sich strafrechtliche Verfolgung vor. — Alsdann wird mit den Zeugenvernehmungen fortgefahren. 37 Zeugen aus Berlin, Bremen, Breslau, Düsseldorf, Halle, Köln, Bamberg, Leipzig, Chemnitz, Magdeburg, Görlitz usw. bekunden, daß sie bei den von dem Hauptangeklagten in den genannten Städten errichteten Filialen Wetten angemeldet, Wetteinsätze entrichtet, versteuerte Ausweise aber nicht erhalten haben.

(Eingesandt.)

Leipzigs Meßverkehr

wurde Anfang der 70er Jahre außerordentlich geschädigt durch die Spekulation eines Berliners, der Meßlokale in bester Lage auf lange Zeit mietete und dann wieder zu bedeutend höherem Betrag weitergab.

Zur viele große Fabrikanten war das seiner Zeit der Grund, die Messen aufzugeben.

Neuerdings findet in der Petersstraße eine ähnliche Bewegung in den Mieten der Geschäftslokale statt. Preissteigerungen um das Dreifache des Wertes der Meßmieten hat begonnen und wird wahrscheinlich seinen Fortlauf nehmen. Ringbilden ist ja zeitgemäß, warum nicht auch, es bringt ja viel Geld ein.

Der Rat der Stadt Leipzig traf das Richtige bei Begründung der Mustermessen, das Kaufhaus für einen Teil der Aussteller zur Verfügung zu stellen, und es ist nur zu bedauern, daß nicht weitere städtische Gebäude für diese Zwecke eingerichtet worden sind. Unser altes Rathaus wird nächstes Jahr frei, wie wäre es, wenn dieses würdige Haus den Ausstellungszwecken zur Verfügung gestellt würde? Ebenso sind die alte Börse und das alte Polizeigebäude für diese Zwecke verwendbar. Schon im Frühjahr 1903 konnte Hunderten von Ausstellern Platz zu billigen Preisen angewiesen werden. Die Reichsstraße ist zu eng, drum weg mit den alten Häusern zwischen Grimmaischer Straße und Salzgäßchen und praktische Warenhäuser gebaut. Die Immobiliengesellschaft wollte es vor Jahren schon unternehmen, jetzt tut es aber dringend not, daß Wandel geschaffen wird. Rat und Stadtverordnete mögen doch ja ihre Augen wohlwollend auf dem Meßverkehr weilen lassen, er ist immer noch ein Edelstein, um den uns die größten Städte beneiden. H. R.

Das **Central-Hotel Berlin**
ist das größte Hotel Deutschlands. Es enthält 500 Zimmer von 3 Mark an und hochelegante Appartements mit Salon und Bad, **das fashionableste Hotel-Restaurant Berlins,** sowie Bäder und elektrisches Schwimmbad. Nachdem der mehrere Jahre währende Umbau vollendet, ist das Hotel nicht nur eine Sehenswürdigkeit als Luxushotel 1. Ranges, sondern auch absolut ruhig. **Es liegt direct gegenüber dem Centralbahnhof Friedrich-Straße.**

FRANZ SCHNEIDER
LEIPZIG WESTSTR. 49/51
MÖBEL
DECORATIONEN
PATENTE u. s. w. Patentanwalt SACK
Brühl 2.

MAGGI's Bouillon-Kapseln
sind mit allerbestem Fleischextrakt und feinsten Suppengemüsen nebst dem nötigen Kochsalz hergestellt. Nur durch Ueberbrühen mit kochendem Wasser erhält man sofort eine Tasse Kraft-Fleischbrühe.
Man verlange ausdrücklich MAGGI's Bouillon-Kapseln und weise andere Marken zurück.